

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1888

20.3.1888 (No. 80)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 20. März.

N^o 80.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einkaufsgebühren: die gepaltene Fettschicht oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1888.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 19. März.

Am nächsten Sonntag hat in dem Departement Vouches-du-Rhône die Deputirtenwahl stattzufinden und die Freunde des Generals Boulanger oder das „comité républicain de la protestation nationale“, wie sie sich bombastisch nennen, haben Schritte gethan, um für diese Wahl die Kandidatur Boulanger's aufzustellen. Der Brief, in welchem sie den Wählern die Abstimmung für Boulanger empfehlen, ist charakteristisch für die in Frankreich durch die Schuld der Radikalen eingetretene Misachtung der Autorität des Gesetzes. Die Unterzeichner des Briefes läugnen nicht, daß die Wahl Boulanger's unzulässig ist; sie beziehen sich ausdrücklich auf das betreffende Gesetz, indem sie öffentlich zum Ungehorsam gegen dasselbe auffordern. Es heißt in dem Schriftstücke, das die Ungezügeltigkeit der ganzen boulangistischen Agitation kennzeichnet: „Da der General Kraft des Art. 72 des Wahlgesetzes nicht wählbar ist, so kann er eine Kandidatur weder annehmen noch ablehnen; demnach laden wir die Wähler des patriotischen Departements Vouches-du-Rhône ein, als nationalen Protest für den General Boulanger zu stimmen.“ Man kann sich gewiß keine bedenklichere Erscheinung im politischen Leben eines Landes denken, als diejenige, daß Mitglieder der Kammer, welche die Gesetze schafft und über die Ausführung derselben wacht, selbst eine offenbare Ungezügeltigkeit als etwas Lobenswerthes, ja als eine „patriotische“ That bezeichnen. Es wird damit das Rechtsgefühl im Volke untergraben, die politische Moral erschüttert. Man muß anerkennen, daß das radikale Wahlcomité in Marseille sich ein größeres Rechtsbewußtsein bewahrt hat, als das boulangistische Comité in Paris, da es erklärte, die Kandidatur des Herrn Boulanger nur dann unterstützen zu wollen, wenn Boulanger die Kandidatur offen annimmt. Das Marceller Comité verweist mit dieser Antwort die Boulangisten auf den gesetzmäßigen Weg. Wenn Boulanger die Kandidatur annimmt, muß er aus der Armee austreten und dann steht seiner Wahl ein rechtliches Bedenken nicht mehr im Wege. Der Regierung wird, falls General Boulanger selbst sich nicht dazu verstehen kann, einer zweifelhaften Situation ein Ende zu machen und sich entweder die Aufstellung seiner Kandidatur entschieden zu verbitten oder seine Entlassung aus dem Armeeverbände zu nehmen, nichts anderes übrig bleiben, als der Unentschiedenheit des Generals nachzugehen und ihn aus den Armeelisten zu streichen. Dann kann das republikanische Protestcomité, dann kann Boulanger selbst nach Belieben seine Wahl betreiben und, wenn er die genügende Stimmenzahl erhält, im Palais Bourbon einen Sitz einnehmen. Einmal in die Kammer gewählt, würde Herr Boulanger zu zeigen haben, in wie weit er durch seinen Reichthum an eigenen schöpferischen Ideen die auf ihn gesetzte Erwartung zu rechtfertigen vermag. Sollte er aber als Deputirter die Bewunderung seiner Freunde nicht rechtfertigen, so würde der ganze Boulanger-Kultus sehr bald in sich selbst zerfallen.

Nach den neuesten statistischen Berichten umfaßte der deutsche **Tabakbau** im Jahre 1886/87 19 843 Hektare. Geerntet wurden 38 586 Tonnen trockene (dachsreife) Tabakblätter, also durchschnittlich von jedem Hektar 19,4 Doppelcentner. Der mittlere Preis für 100 kg trockener Tabakblätter betrug 78,3 Mark. An Tabak und Tabakfabrikaten wurden in demselben Zeitraum eingeführt Waaren im Werthe von 68,7 Millionen, ausgeführt für 5,3 Millionen. Der Nettoertrag der Tabakabgaben (Steuer, Zoll und Ausfuhrvergütung) stieg sich auf 47 534 535 Mark oder 1,02 Mark auf den Kopf der Bevölkerung. Für die 26 Jahre von 1861 bis 1886/87 ist der Verbrauch von fabricationsreifen Rohtabak auf einen jährlichen Durchschnitt von 62 454 Tonnen oder 1,52 kg auf den Kopf der Bevölkerung berechnet.

Deutschland.

* Berlin, 18. März. Seine Majestät der König von Sachsen ist gestern Abend 10 Uhr nach Dresden abgereist; der König wurde vom Prinzen Heinrich zum Bahnhof geleitet. Der König und die Königin von Rumänien, sowie der Kronprinz von Schweden sind Abends 9 Uhr 55 Min. auf dem Lehrter Bahnhofe abgereist, vom Kronprinzen und den Prinzen Friedrich und Leopold nach dem Bahnhofe geleitet. Der Großfürst-Thronfolger und die Großfürstin Michael und Nikolaus der Aeltere von Rußland haben die Rückreise nach St. Petersburg Abends 10 Uhr 38 Min. angetreten; Höchstdieselben wurden vom Kronprinzen und von den Prinzen Heinrich und Albrecht nach dem Bahnhofe geleitet.

Seine königliche Hoheit der Kronprinz von Schweden empfing am Freitag Nachmittag eine Deputation seines neumärkischen Dragonerregiments Nr. 3,

bestehend aus dem Kommandeur, Oberstleutnant v. Jellermann, Major v. Schmidt, den Rittmeistern v. Werder und v. Hagen, Premierlieutenant v. d. Decken und Secondelieutenant v. Harling, welche zu den Trauerfeierlichkeiten aus Treptow a. d. Rega hier eingetroffen waren.

Wie schon gemeldet, ist General Graf Blumenthal zum Generalfeldmarschall ernannt worden. Die „Köln. Ztg.“ bemerkt zu dieser Meldung: „Die Ernennung des Grafen Blumenthal zum Generalfeldmarschall ist der großen Dankbarkeit entsprungen, die Kaiser Friedrich für diesen hochverdienten General hegt. Graf Blumenthal, der am 30. Juli 1810 geboren ist und als Oberstleutnant persönlicher Adjutant des Prinzen Friedrich Karl und später Chef des Stabes seines 3. Armeecorps war, hat sowohl den Krieg gegen Oesterreich, als den gegen Frankreich in der verantwortlichen Stellung als Chef des Stabes der vom Kronprinzen geführten Armeen mitgemacht, hier sich außerordentlich ausgezeichnet und als höchster militärischer Rathgeber des tapfern Feldherrn glänzend bewährt. Kaiser Wilhelm hat seine Verdienste wiederholt anerkannt und ihn im Jahre 1883 in den Grafenstand erhoben. Seit dem 2. October 1872 führt er das 4. Armeecorps, und zwar auf Erlaubniß Kaiser Wilhelms hin seit Anfang dieses Winters von Berlin aus. Das 4. Armeecorps wird jetzt wohl nach dem entsprechenden Vorgang beim Prinzen Friedrich Karl frei werden. In militärischen Kreisen bezeichnet man als Blumenthals Nachfolger den Kommandeur der 8. Division, Generalleutnant v. Grolman 1., der nach dem Rangsalter der nächste ist und als einer der ausgezeichnetsten Heerführer gilt. Nach dem Tode Kaiser Wilhelms und der Thronbesteigung Kaiser Friedrichs war Graf Moltke der einzige Feldmarschall. Jetzt hat er im Grafen Blumenthal einen würdigen Genossen erhalten.“

Dem General v. Schlottheim, dem Kommandeur des 11. Armeecorps, ist von Seiner Majestät dem Kaiser der Schwarze Adlerorden, dem General v. Loe, Kommandeur des 8. Armeecorps, und General v. Albedyll, Chef des Militärkabinetts, das Großkreuz des Rothten Adlerordens verliehen worden.

Die Nachricht, wonach der Hierherkunft des Nuntius Galimberti für die nächsten Tage entgegenzugesandt wird, wird den „B. N. N.“ bestätigt. Der Nuntius überbringt ein eigenhändiges Kondolenzschreiben des Papstes an Seine Majestät Kaiser Friedrich.

Der Geh. Legationsrath v. Brauer, bisher vortragender Rath im Auswärtigen Amte während der letzten sieben Jahre, hat Berlin verlassen und ist nach Kairo gereist, um dort die diplomatische Stellung des Generalkonsuls Grafen Arco-Valley zu übernehmen, der demnächst auf seinen neuen Posten als Gesandter nach Washington abreisen wird.

Dem Bundesrath ist der Entwurf einer kaiserlichen Verordnung (die erste unter Kaiser Friedrich) betreffend die Zutragssetzung der Unfall- und Krankenversicherung für land- und forstwirtschaftliche Betriebe in Preußen, Waldeck und Pyrmont, sowie für die Freie und Hansestadt Lübeck zugegangen. In einer begleitenden Zuschrift heißt es, der Zeitpunkt, mit welchem das Gesetz betreffend die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen vom 5. Mai 1886, soweit dieselbe nicht mit dem Tage der Verkündung Geltung erlangt hat, in Kraft zu setzen ist, wird nach § 143, Absatz 2 des bezeichneten Gesetzes mit Zustimmung des Bundesraths durch kaiserliche Verordnung bestimmt. Dabei kann das Gesetz ganz oder theilweise für den Umfang des Reichs oder für Theile desselben in Kraft gesetzt werden. Nach einer Denkschrift des Reichsversicherungsamts sind die Vorbereitungen zur Durchführung dieses Gesetzes in Preußen, Waldeck und Pyrmont, sowie in Lübeck soweit gefördert, daß für das Gebiet der bezeichneten Staaten der völligen Inkräftsetzung des Gesetzes zum 1. April 1888 keine Bedenken entgegenstehen, für die übrigen Bundesstaaten muß dagegen diese Maßregel noch ausgesetzt bleiben. Der Entwurf lautet: Wir Friedrich, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen u. s. w., verordnen auf Grund des § 143, Abs. 2 des Gesetzes betreffend die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen vom 5. Mai 1886 im Namen des Reichs nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths, was folgt: Das Gesetz betreffend die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen vom 5. Mai 1886 tritt mit dem 1. April 1888 für das Gebiet des Königreichs Preußen, der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont, sowie der Freien und Hansestadt Lübeck seinem vollen Umfang nach in Kraft.

Die nächste Plenarsitzung, welche der Bundesrath abhalten wird, soll dem Vernehmen nach am Dienstag

stattfinden. Morgen, Montag, sind wieder einige Ausschusssitzungen anberaumt.

Dem Vernehmen nach hat Seine Majestät der Kaiser am 15. d. M. das Gesetz wegen Abänderung des Gesetzes betreffend die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete unterzeichnet.

Der Reichstag hält morgen, am 19. März, Nachmittags 2 1/2 Uhr, seine 58. Plenarsitzung. Auf der Tagesordnung steht außer dem Bericht der Reichsschuldenkommission die zweite Berathung des Nachtragsetats, Fortsetzung der dritten Berathung des Etats für 1888/89 und zweite Berathung des Gesetzentwurfs über die Auslegung des Art. II des Gesetzes vom 30. August 1871 betreffend die Einführung des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich in Elsaß-Lothringen.

Der Kommandant S. M. Kreuzerfregatte „Sophie“, Korvettenkapitän Cochius, ist in Hongkong plötzlich gestorben. Er hatte sich einen Ruf unter andern dadurch gemacht, daß er im Augenblick der höchsten Gefahr während der Strandung S. M. Brigg „Urdine“ am 27. October 1884 ein Hoch auf den Kaiser ausbrachte. Der Chef der Admiralität, von Caprivi, hebt in einem warmen Nachrufe, den er heute dem Dahingeshiedenen widmet, diese Thatfache besonders hervor.

Die Parteien des Hauses der Abgeordneten haben auf Anregung des Seniorentenonts ohne besondere Verabredung sich dahin geeinigt, die morgen in gemeinschaftlicher Sitzung beider Häuser des Landtages entgegenzunehmende Allerhöchste Botschaft Seiner Majestät des Königs zunächst ohne besondere Kundgebung oder Adresse entgegenzunehmen. Es wird dabei vorausgesetzt, daß die Allerhöchste Botschaft nur die Anzeige des Thronwechsels enthalte.

Stuttgart, 18. März. Seine Majestät der König hat durch Kabinettsordre d. d. Florenz den 16. d. bestimmt, daß das 2. Infanterieregiment zum bleibenden Gedächtniß an seinen verewigten hohen Chef, Seine Majestät den Kaiser Wilhelm, für alle Zeiten den Namen „Kaiser Wilhelm“ behalten soll.

Strasburg, 18. März. Nach einer bischöflichen Anordnung für Strasburg und Metz ist heute in allen Kirchen Trauergottesdienst mit Verlesung eines bischöflichen Schreibens, welches die Trauer für den dahingeshiedenen Kaiser und Wünsche und Bitten für Kaiser Friedrich ausspricht, abgehalten worden. Außerdem fand Nachmittags im hiesigen Münster Trauergottesdienst mit Gedächtnißrede statt.

Metz, 17. März. Der Bezirkspräsident von Lothringen beglückwünschte in einem Schreiben an den Bürgermeister die Bevölkerung von Metz wegen der durchaus würdigen Feier des jetzigen Tages. Sämmtliche Verkaufsläden der Stadt waren geschlossen, zwischen den Einheimischen und den Aldeutschen herrschte kein Unterschied. Die Trauerflaggen waren überaus zahlreich.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 18. März. Ein Telegramm der „Post“ macht darauf aufmerksam, daß durch die Ernennung des Feldzeugmeisters v. Bauer zum Kriegsminister die Leitung des Wiener Generalats dem Kronprinzen Rudolf provisorisch zugefallen ist. Biersch verlautet, der Kronprinz werde demnächst definitiv zum Kommandanten des 2. Armeecorps vorrücken.

Italien.

Rom, 18. März. In der Kammer sprachen sich gestern bei Berathung über das Budget des Außen mehrere Redner für rasche Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich und bessere Gestaltung der Beziehungen zu diesem Lande aus. Ministerpräsident Crispi erklärte, er werde sich kurz fassen. Die hervorragendsten Punkte der Politik Italiens seien dessen Allianzen und die Beziehungen zu Frankreich. Schon als Deputirter habe er erklärt, daß Italien unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Europa keine andere Politik verfolgen könne und solle, als die Allianz mit den Centralmächten und das Einvernehmen mit England zur See; als Minister habe er die 1882 stipulirte und 1887 erneuerte Allianz acceptirt, weil sie seinen alten Ueberzeugungen entspreche und weil den Regierungen, die sich gegenseitig achten, an der Kontinuität gewisser internationaler Akte gelegen sein müsse. Crispi fuhr fort: Er habe im Jahre 1877 eine offiziöse Mission bei der deutschen Regierung übernommen, als Italien die Gewißheit erlangt hatte, daß Frankreich die römische Frage wieder aufzuwerfen suche; als ehrlicher Mann sei er damals über Paris nach Berlin gegangen. Italien hatte ein Interesse an Allianzen für den Kriegsfall, die Allianz mit Deutschland aber sei populär im Lande, wie dies die letzten Kundgebungen bezeugten. Wenn man sage, Italiens

Allianzen bedeuten Krieg, so sei dies eine absurde Hypothese, denn diese Allianzen bezwecken den Frieden. Die Allirten hätten keinen Grund zum Kriege, sondern im Gegenteil Grund, den Frieden zu wünschen, denn Deutschland habe nichts zu verlangen, Oesterreich-Ungarn habe Interesse daran, zu konserviren, Italien bedürfe der Reorganisation seiner verschiedenen Interessen. Die letzten Zwischenfälle mit Frankreich hätten bewiesen, daß Italien unparteiisch und unabhängig sei. Italien könnte für den Handelsvertrag nicht mehr thun, als es gethan, seine Gegenwärtigen fanden in Paris eher eine günstige Aufnahme. Alles hänge von dem guten Willen Frankreichs ab. Der Zwischenfall in Florenz sei den italienischen Absichten entsprechend geregelt worden. Frankreich habe jeden möglichen guten Willen gezeigt, um die Zwischenfälle an der Grenze zu regeln. Die Beziehungen Italiens mit Spanien seien herzlich; diese edle Nation habe eine große Zukunft und werde in nicht langer Zeit im europäischen Konzert den ihr gebührenden Platz einnehmen. Betreffs Bulgariens habe er der Antwort, die er am 12. März auf die Anfrage des Deputirten Ferrari ertheilt, nichts hinzuzufügen. Bezüglich der von der Kammer mit 4 Stimmen Majorität sanktionirten afrikanischen Unternehmung wolle er weder eine geschichtliche Skizze der bezüglichen Vorgänge geben, noch untersuchen, wer für dieselbe verantwortlich sei. Er könne nur wiederholen, daß Italien in Abyssinien keine Eroberungen machen wolle. Die Regierung habe nur dem Lande versprochen, die in Folge der Kämpfe vom Januar 1877 verlorenen Positionen wieder zu besetzen und eine zweckentsprechende Verteidigungslinie zu schaffen. Dieses Programm sei größtentheils verwirklicht. Er hoffe auf die Zustimmung der Kammer. Die Debatte wird morgen fortgesetzt.

Frankreich.

Paris, 18. März. Der Ministerrath hat den Minister der öffentlichen Bauten ermächtigt, vom Parlament einen Kredit von 300 000 Francs für die Vetheiligung Frankreichs an den im Laufe dieses Jahres statt habenden Ausstellungen in Brüssel, Barcelona und Melbourne zu fordern.

Der Deputirte und vormalige Ministerpräsident Rouvier ist von dem opportunistischen Verein der Linken als Obmann wiedergewählt worden. Herr Rouvier hielt bei dieser Gelegenheit an seine Parteigenossen eine geistreiche Ansprache in der er unter Anderem Folgendes sagte: „Wir durchleben schwierige Verhältnisse. Vor 18 Jahren gegründet, erreicht die Republik ihre Großjährigkeit. Das ist seit Beginn dieses Jahrhunderts in Frankreich das kritische Alter der Regierungen. Man muß die Schwierigkeiten ins Auge zu fassen wissen, ohne sie zu übertreiben, aber auch ohne sie zu verkennen oder zu unterschätzen. Inmitten des monarchischen, bewaffneten Europa eine große Demokratie von fast 40 Millionen Menschen schaffen, erhalten und entwickeln, die frei bleiben und den Frieden in Würde wahren wollen, ist sicher das höchste, edelste Werk, das der französische Geist ausdenken kann. Aber wie sich darüber wundern, daß ein so großes Unternehmen auf Schwierigkeiten stößt, Klippen zu vermeiden, Gefahren zu überwinden hat? Vor etwa 15 Jahren sagte einer der hervorragendsten Gegner der Republik: „Ich werde an die Republik glauben, wenn die Wahl ihres dritten Präsidenten ohne Klintenschüsse stattgefunden haben wird.“ Wir stehen bereits bei der vierten Präsidentschaft, und stets ist die Uebertragung der Staatsgewalt ohne Störung erfolgt. Ist das nicht eine bedeutende, entscheidende Thatsache in diesem Lande, in welchem seit fast einem Jahrhundert alle Verfassungen außer Stande waren, die regelmäßige Uebertragung der Staatsgewalt zu sichern? Der Redner beklagte dann die Spaltungen der republikanischen Partei, durch welche die letztere bei den Wahlen von 1885 zahlreiche Siege verloren habe, die Unbeständigkeit der Ministerien noch größer und die Bildung einer dauernden Mehrheit bis jetzt unmöglich geworden sei. Dierin liege der Ursprung der gegenwärtigen Schwierigkeiten, und man müsse dieselben lösen, wenn man die anderthalb Jahre, welche die Kammer noch zu leben hat, benützen und eine beschleunigte Auflösung verhindern wolle. Niemand bestreite, daß das Land Reformen wolle, aber die dringlichste Reform sei ein Haushalt mit festem Gleichgewicht. Zur Lösung dieser Aufgabe seien große Anstrengungen gemacht worden und die monatlichen Rückgänge haben, so zu sagen, schon aufgehört, ja zu Ende des letzten Jahres seien bereits wieder schwache Ueberflüsse erschienen, welche das Gleichgewicht fest verwirklicht sei, dann sei es Zeit, die Verbesserungen des Finanzwesens ausfindig zu machen, welche die Hilfsquellen des Staatschatzes nicht gefährden. Daneben gebe es auch praktische Reformen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter, des Ackerbaues, von Handel und Gewerbe, wofür Herr Rouvier auf das von den beiden Fraktionsgenossen Delmas und Siegfried ausgearbeitete Programm hinwies. Freilich genüge es nicht, in Nebenfragen einig zu sein, wenn man es nicht auch in der Hauptfrage, der der allgemeinen politischen Richtung, sei, und die innere wie die äußere Lage dränge, alle Spaltungen zu vergessen und einen Versuch zu machen, alle Söhne des Frankreich von 1789 zu einigen. „Seit fast 20 Jahren hat sich unser Land die schwersten Opfer auferlegt, um seine Wehrkraft wiederherzustellen. Jetzt entschlossen, Frieden zu halten, kann die französische Nation den Ereignissen ohne Prahlerei und ohne Furcht ins Auge sehen. Würden aber alle Opfer nicht vergeblich bleiben, wenn wir eine gespaltene, durch Zwietracht geschwächte Nation blieben? Die Demokratien haben zwei Klippen zu vermeiden: Anarchie und Caesarismus. Genüge es nicht, daß künftliche Ereignisse einen gewissen Gemüthszustand enthalten haben, damit alle Republikaner ohne Unterschied der Schattirung sich in einmüthiger Mißbilligung zusammenfinden? Warum sollte es unmöglich sein, die gleiche Einheitsliebe wiederzufinden, um eine fest republikanische, aber ebenso maßvolle und friedliche Politik mittelst einer Regierung von gesicherter Dauer zur Geltung zu bringen? Die vollstreckende Gewalt der Republik durch die Unterdrückung einer festen, dauernden Mehrheit zu stärken, das ist das zuverlässigste Mittel, den Traum derer, die etwa uneingeschobene Pläne hegen könnten, zu verflüchtigen.“ — Die „Vereinigung der Linken“ erklärte sich mit den Ausführungen ihres Obmannes voll und ganz einig.

Großbritannien.

London, 17. März. Wie die „World“ mittheilt, hat die Regierung beschlossen, die Insel Ascension als Flottenstation, d. h. überhaupt aufzugeben. Die Insel

rangirt, wie vielleicht nur wenig bekannt sein dürfte, weder als Kronkolonie, noch als Dependenz, sondern als „Schiff“ und steht daher unter der Verwaltung des Lords der Admiralität. Der Beamte, welcher die Regierung der Insel besorgt, ist natürlich stets ein Marineoffizier und steht direkt unter dem Befehl des Kommandeurs der Simeon's Bay. Vor 40 Jahren wurden vom Botanischen Garten in Kew große Mengen Bäume und Pflanzen nach Ascension geschickt. Eine üppige Vegetation entwickelte sich und zum erstenmale fiel Regen auf der Insel. Es gibt ausgezeichnete wilde Enten und Fasanen auf Ascension und von der Nordwest- und Südostküste kommen die besten Schildkröten. Diese Thatsachen aber wiegen bei der Admiralität wenig gegenüber der Kosten der Behaltung einer Station, welche nur für die Einnahme von Kohlen von Werth ist. Nach dem Schlusse dieses Jahres wird St. Helena die einzige britische Kohlenstation zwischen Madeira und dem Kap sein. — In einer Versammlung des Vereins der liberalen Unionisten von Rochdale wurde beantragt, daß Gladstone aufgefordert werden solle, seine Vorschläge zur irischen Frage, deren Unterstützung er von der liberalen Partei erwarte, bekannt zu geben. Der Antrag wurde abgelehnt, aber eine Abschrift desselben an Gladstone geschickt, der darauf Folgendes erwiderte: „Das an mich als den Führer einer Minderheit, die nicht ein Drittel des Hauses der Gemeinen beträgt, gestellte Ansuchen, die Einzelheiten einer Maßregel anzugeben, die, soweit die Erfahrung mich lehrt, nur von einer Regierung im Namen einer Majorität oder mit der Hoffnung auf eine solche vorgeschlagen werden kann, ist ein gänzlich beispielloses. . . . Die Prinzipien einer Home-Rule-Politik sind gründlich wohl bekannt. Die weitere Feststellung von Einzelheiten gehört dem Zeitpunkte an, in welchem irgend ein autoritativer Vorschlag in Aussicht genommen ist. Das an mich von der Minderheit in Rochdale gestellte Verlangen wurde von jenen die es stellten, nicht verstanden; es würde Ihnen großen Hochalder Patriarchen, Herrn Bright, so er sehr auch mein Verhalten betreffs irischer Angelegenheiten gemüßigt hat, überraschen. An sich, und abgesehen von der Absicht der Antragsteller, ist ein solches Verlangen meinem Ermessen nach eine Falle, in welche nur der Blindeste der Blinden gehen könnte.“

Der „Standard“ hebt die Wichtigkeit der zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Grafen Kalnoth anlässlich des Regierungsantrittes Kaiser Friedrichs gewechselten Depeschen hervor. „Diese Depeschen“, so argumentirt das Blatt, sollten alle Zweifel um Schweigen bringen. Außer dem, daß sie allen Kontroversen über die bestehenden Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich ein Ende bereiten, zeigen sie, daß die Politik der beiden Reiche auch in Zukunft eine thatsächlich identische sein wird. Man kann kaum annehmen, daß diese Korrespondenz in St. Petersburg mit völliger Befriedigung aufgenommen werden wird. . . . Wir können daher das Schreiben des Fürsten Bismarck als unbestreitbaren Beweis dafür betrachten, daß der neue Deutsche Kaiser genau denselben Werth auf das Bündniß mit Oesterreich legt, wie sein Vorgänger. Mit einem Wort, Rußland ist sofort zu verstehen gegeben worden, daß durch das Hinscheiden eines Herrschers und die Thronbesteigung eines anderen nichts an dem Entschlusse Deutschlands und Oesterreichs geändert ist, einander beizulieben. . . . Man darf die Schreiben des Fürsten Bismarck und des Grafen Kalnoth auch nicht als konventionelle Formsache ansehen. Es lag eine Nothwendigkeit vor, sie zu veröffentlichen. Sie bilden vielmehr Staatschriften, deren Zweck war, zur Beruhigung Europas beizutragen. Sie enthalten eine Definition der Politik der zwei Reiche und müssen die Träume derjenigen, welche wäuhnten, daß mit dem neuen Herrscher von Deutschland eine neue Aera in Europa beginnen würde, zu Schanden machen.“ (Der „Standard“ beutet diesen Depeschenwechsel doch wohl etwas allzu stark im antirussischen Sinne aus.)

Die politische Macht Englands ruht, man kann wohl behaupten, ausschließlich auf der Kriegsmarine dieses Inselreiches. Denn als militärischer Machtfaktor kommt England den Mächten aufgeboren der modernen Weltmächte gegenüber nicht nennenswerth in Betracht. Englands militärische Formationen haben eigentlich nur den Zweck, dabei wie in den weltumspannenden Kolonien des Reiches den gesetzlichen und politischen Status quo aufrecht zu erhalten, und diese Kolonien sind übrigens, Indien ausgenommen, auch so belegen, daß sie vor einer Invasion von der Landseite her keine Sorge zu haben brauchen. Will England, wozu es allerdings auch ebenso begründeten wie berechtigten Gründen weniger Neigung zeigt, in der Zeitgeschichte eine seiner internationalen Bedeutung und seiner nationalen Ueberlieferungen würdige politische Rolle spielen, so kann es dies nur gestützt auf seine unbefristete maritime Ueberlegenheit, welche letztere wiederum dadurch bedingt ist, daß die Kriegsmarine stets auf der Höhe der ununterbrochen stattfindenden Entwicklung der Schifffahrt und Organisation erhalten wird. Bekanntlich herrscht in den Kreisen der englischen Sachverständigen sowohl als Laien seit Jahr und Tag ein leidenschaftlicher Streit über die Frage, ob der Stand der britischen Seemacht ein solcher sei, wie ihn die Unverschränktheit des englischen Vorkrieges, der englischen Weltinteressen, unbedingt erfordert. Noch in allerjüngster Zeit hat diese Streitfrage vor dem parlamentarischen Forum gespielt und Lord Charles Beresford, der schon manche publizistische Vanze zu Gunsten einer durchgreifenden Flottenreform geblasen, hat sich auch bei dieser Gelegenheit wieder zum Champion derer gemacht, welche den Kampf der Wissenschaft gegen die Routine führen. In Vertretung des Marineministeriums konnte der Erste Lord der Admiralität, Lord George Hamilton, die Befürworter der Flottenreform durch den Nachweis beschwichtigen, daß Englands Flottenstärke die der nächstgrößten Seemacht um volle 30 bis 40 Prozent übertrifft. Das mag vor der Hand genügen; indes fehlt es in England nicht an Leuten, welche dieses Stärkeverhältnis als ungenügend, als eine Gefahr für England betrachten, insofern sie der Ansicht sind, daß Großbritannien, will es seinen Anbruch auf die Seeherrschaft unanfechtbar aufrechterhalten, so stark sein müsse, um jeder denkbaren maritimen Koalition die Spitze bieten zu können. Das verheißt man sich ansehend auch in den Regierungskreisen nicht, wenigstens ist die Nothwendigkeit schneller und umfassender Reformen zu dem Zweck einer weiteren Steigerung der maritimen Wehrkraft Englands anerkannt worden und sollen solche Reformen unverzüglich in Angriff genommen werden.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 17. März. In der hiesigen deutschen St. Gerhardskirche fand gestern ein Trauergottesdienst für weiland Kaiser Wilhelm statt, welchem eine zahlreiche Trauerversammlung beiwohnte. Punkt 12 Uhr erschien Se. Maj. der König Oskar mit Gefolge. Pastor Kaiser hielt eine ergreifende Gedächtnisrede, welcher das Thema „Gebt unserm Gott die Ehre“ zu Grunde lag. Außer der deutschen Gemeinde wohnten dem Trauergottesdienste viele Schweden, namentlich alle Minister und höchsten Würdenträger, ferner das diplomatische Corps und die Kommandeure der hier garnisonirenden Land- und Seetruppen bei. — Aus Christiania wird gemeldet, daß auch dort in dem schwarz decorirten und mit Trauerkränzen geschmückten Saale der Militärturnanstalt ein äußerst zahlreich besuchter Trauergottesdienst für den Deutschen Kaiser stattfand, bei welchem der Pastor der Brüdergemeinde, Böhmer, die Trauerrede hielt.

Rumänien.

Bukarest, 16. März. Die Neubildung des Ministersiums Bratiano soll noch einige Veränderungen erfahren, aber bis Mitte nächster Woche perfekt werden. — Am Schluß einer längeren Besprechung des Charakters der nunmehr abgeschlossenen rumänischen Ministerkrise bemerkt das Wiener „Fremdenblatt“: „Daß man bei uns in Oesterreich die Wiederkehr Bratianos auf seinen Posten sehr sympathisch begrüßt wird, ist selbstverständlich. Ein Staatsmann, der so viel dazu beigetragen hat, Rumänien Kraft zu geben, und der die Rolle, die Rumänien in Europa mit so viel Sicherheit zu ermitteln gewußt hat, muß uns willkommen sein. Im Uebrigen hat man hier nicht einen Augenblick daran gezweifelt, daß auch ein anderes Ministerium das freundschaftliche Verhältnis, das zwischen Oesterreich-Ungarn und Rumänien besteht, unverändert fortgesetzt hätte. Dieses Verhältnis ist durch natürliche Voraussetzungen bedingt, die alle Ministerwechsel überdauern, die zwar dieser oder jener Oppositionsmann aus parteitaktischen Gründen leugnen mag, die er selbst aber in dem Augenblicke, in welchem er einen Theil der Verantwortung für die Geschäfte des Landes übernimmt, ebenso anerkennen muß, wie Bratiano, Stourdza, Ghiba oder sonst irgend ein ausgleichsreicher Anhänger der bisherigen Richtung. Die Krise, welche sich in Bukarest soeben abgespielt hat, bot vom internationalen Standpunkte aus kein anderes Interesse, als dasjenige, welches durch die Rückwirkung der Sicherheit der inneren Verhältnisse eines Landes auf seine gesammte Machtstellung hervorgerufen wird, die ja durch jeden Fortschritt in der politischen, administrativen und kulturellen Entwicklung gestiftet und gestärkt wird.“

Amerika.

Washington, 18. März. Präsident Cleveland, sowie die Mitglieder des Cabinets wohnten vorgestern dem anlässlich der Beisetzung Kaiser Wilhelms veranstalteten Trauergottesdienste bei.

Rio de Janeiro, 17. März. Die Sklavenbefreiung in Brasilien hat Ansehen, nunmehr gänzlich durchgeführt zu werden. Wie schon gemeldet, ist das Cabinet de Cotegipe zurückgetreten und hat Correia d'Oliveira, welcher das Sklavenbefreiungsgesetz von 1871 schuf, das Ministerium übernommen. Seit dem dem Bestehen jenes Gesetzes ging die Zahl der Sklaven von anderthalb Millionen auf eine halbe Million zurück und auch diese soll jetzt aufgehoben vorhanden zu sein.

In Marokko besteht nun auch ein Konflikt mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Wie aus Madrid telegraphisch gemeldet wird, ist infolge dieses Konflikts, über dessen Entscheidung noch kein authentischer Bericht vorliegt, ein amerikanisches Kriegsschiff im Hafen von Tanger eingetroffen, ohne die vorgeschriebenen Saluttschüsse abzugeben. Der Kommandant des Kriegsschiffes hat sich sofort an Land zu dem interimistischen Minister des Auswärtigen begeben, dem er ein detaillirtes Verzeichnis der Punkte überreichte, deren Erfüllung die amerikanische Regierung als Genugthuung verlangt. Zugleich bestimmte der Kommandant dem marokkanischen Minister des Auswärtigen eine sehr kurze Frist, innerhalb deren eine Erklärung erfolgen soll.

Zur Trauerfeier für Kaiser Wilhelm.

Zum gestrigen Hauptgottesdienste war die katholische Stadtpfarrkirche dicht gedrängt besetzt mit trauernden Anhänglichen, galt es doch, das Andenken unseres nun in Gott ruhenden Kaisers Wilhelm zu ehren. Die gesammte hohe katholische Beamtenschaft unserer Residenz sammt Angehörigen und Bediensteten waren erschienen, wie auch die Zahl der sonstigen Gemeindeglieder, welche wie männliche, eine überaus große war. Die Kirche selbst hatte eine der Bedeutung des Tages würdige Ausstattung erhalten. Die Galerien waren mit schwarzem Tuch behängt und überdies war über der fürstlichen Loge eine große Trauerflagge mit weißem Kreuze ausgehängt. Zu beiden Seiten der ersten Altartufen brannten umflorte Gaslambelaber, während vor diesen in der Mitte in reichem Blumen- und Pflanzen schmuck ein Trauerkatakomb aufgebaut war. Krone, Helm und Degen hatte man dort niedergelegt und an der Vorderseite wurden überdies auf schwarzem Sammetfelsen Orden und Felbanszeichnungen sichtbar. Sehr sinnreich waren vor dem Katakomb alle möglichen militärischen Auszeichnungen und Abzeichen mit einigen Gedenkmedaillen um die dort aufgestellte Kaiserbüste gruppiert.

Um 1/2 10 Uhr begann der Gottesdienst mit Gesang des Kirchenchores. Dejan Benz verlas zuerst von der Kanzel das sonntägliche Evangelium, um dann in warmen Worten unseres heimgegangenen Kaisers zu gedenken. Der Inhalt der Predigt war, kurz zusammengefaßt, etwa folgender:

Der Geiste, der Beste unter uns, ist uns, ist ganz Europa entrisen. Er, der Vater unseres Vaterlandes, der Deutschland aus seiner tiefen Erniedrigung erhob. Er ist hinabgestiegen in die Gruft seiner Väter. Nicht nur einen Fürsten, sondern einen Vater haben wir verloren, ein glänzendes Vorbild der Gerechtigkeit, der Geduld und eines gottesfürchtigen Lebens. Geboren in einer Periode, wo Alles aus den Fugen ging, wo jede Ordnung untergraben, die Bande der Familie gelöst, der Wohlstand vernichtet, wo Glauben und Treue geschwunden und die blühendsten Länder verwüstet, ward der nun heimgegangene erzogen in allen Tugenden des Christenthums, im Glauben, im Gehorsam gegen Gott, in Ordnungsliebe, Rückertigkeit und Treue. Manche Bitterkeit des Lebens war aber unserm Felden beschieden. Neun Jahre alt, mußte Er fliehen an die äußersten Grenzen des Staates. Er sah sich herabgestürzt von den schön-

